

Der Tagesspiegel. – 06.05.2019

Christoph von Marschall

Deutschland kann der Kontroverse nicht mehr ausweichen

Moskau möchte 1945 ohne 1939 haben, mit Warschau hätte Berlin viel früher sprechen müssen. Der Wandel der Geschichte verlangt neue Geschichtsbilder. Ein Essay

*Німеччина вже не може уникнути суперечки
Москва хотіла б мати 1945 без 1939 року, Берліну потрібно було б
поговорити з Варшавою набагато раніше. Зміна історії вимагає нових
образів історії. Есе*

*Вісім десятиліть минуло з початку Другої світової війни і три десятиліття після падіння
комуністичної диктатури. Із змінами в політичній карті Європи ростуть нові виклики для
роботи з історією. У минулому, коли Україна і Білорусь були сприйняті до Москви як
придатки, вони не помічали цього. Зараз вони є суверенними державами. А Росія воює з
Україною. Це має наслідки для вшанування пам'яті в Берліні. Сьогодні Німеччина є владою
в центрі Європи і повинна дізнатися, що розвиток ЄС залежить не тільки від
економічних факторів, а й від успішного розуміння минулого.*

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/80-jahrestag-kriegsbeginn-deutschland-kann-der-kontroverse-nicht-mehr-ausweichen/24306278.html>

Anfang Mai 2019 in Moskau: Auf dem Roten Platz sind die Tribünen für die große Militärparade zur Feier des Kriegsendes 1945 aufgebaut. Große Banner zeigen wie zu Zeiten der Sowjetunion Roten Stern, Hammer und Sichel, preisen die „СССР“, das kyrillische Kürzel für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, und „Pobieda“: den Sieg im „Vaterländischen Krieg“. Nichts deutet auf eine Korrektur des Geschichtsbilds seit Auflösung der UdSSR vor 28 Jahren hin.

Militärparaden in Moskau, Schweigen in Berlin

Anfang Mai in Berlin: Der innenpolitische Kalender der Nachrichtenagentur dpa enthält keinen Termin von Bundesregierung oder Bundestag zur Erinnerung an das Kriegsende – obwohl der Wahlkampf für die Europawahl auf Hochtouren läuft, und die Integration der EU dort gerne als Frage von Krieg oder Frieden dargestellt wird.

Anfang Mai in Pultusk, Polen: Der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, bekräftigt bei einem Wahlkampfauftritt nördlich Warschaus: Deutschland schuldet Polen mehrere hundert Milliarden Euro Reparationen.

Acht Jahrzehnte sind seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verstrichen und drei Jahrzehnte seit dem Sturz der kommunistischen Diktatur. Hatten Deutsche, Polen und Russen nicht genug Zeit, um ihr Verständnis von dem historischen Einschnitt und seinen Folgen zu klären? Und doch stolpert Deutschland schlecht vorbereitet auf Jubiläen wie den 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen im September und den 75. Jahrestag der Kapitulation im nächsten Mai zu.

Ein Gedenkort für den Überfall auf Polen in Berlin?

Viel zu spät und zaghaft hat das Gespräch darüber begonnen, mit welcher Geste die Deutschen den Polen am 1. September 2019 gegenüber treten wollen. Soll es einen Gedenkort in Berlin geben und wie soll er gestaltet werden? Deshalb treibt der Tagesspiegel diese Debatte nun voran. Nur: Wird die Zeit für einen Beschluss des Bundestags reichen?

Und: Müsste ein aufrichtiges öffentliches Gedenken nicht bereits am 23. August ansetzen, dem Jahrestag des Hitler- Stalin-Pakts? „Damals sprangen sich zwei Ungeheuer an die Kehle“ hat der verstorbene polnische Bestsellerautor Andrzej Szczypiorski den Blick der Polen auf 1939 beschrieben. Am 1. September marschierten die Deutschen von Westen, am 17. September die Sowjets von Osten

ein. Ähnlich ist die Perspektive der Balten. Hitler und Stalin degradierten sie zu Tauschobjekten bei der Absteckung ihrer Einflussphären. Deutschland geht mit der Erinnerung daran anders um als Russland, aber es fällt den Deutschen schwer, den Dissens in Moskau anzusprechen. Das gilt als heikel und konfliktträchtig.

Deutschland kann Moskaus nicht anklagen, aber fordern

Gewiss sollten Deutsche nicht als Ankläger der Sowjetunion auftreten. Das würde den Verdacht nähren, sie wollten ihre Schuld relativieren. Aber sie dürfen die Komplexität auch nicht beliebig reduzieren. Das Beschweigen russischer Mitverantwortung löst in Europa ebenfalls Misstrauen gegen Deutschland aus, wie die Konflikte mit EU-Partnern um die Nord-Stream-Gaspipeline, die Nato-Präsenz in Polen und im Baltikum und um die Antwort auf Moskaus Aggression gegen die Ukraine belegen. Schnell ist der Verdacht bei der Hand, Deutsche und Russen könnten sich über die Köpfe der Mitteleuropäer hinweg verständigen.

Aus den Veränderungen der politischen Karte Europas erwachsen neue Herausforderungen für den Umgang mit der Geschichte. Die sowjetischen Opfer des Krieges waren nicht alle Russen. Ein Großteil waren Ukrainer und Weißrussen. Ähnliches gilt für die Rotarmisten, die Mitteleuropa von den Nazis befreiten. Früher, als die Ukraine und Weißrussland wie Anhängsel Moskaus behandelt wurden, sah man darüber hinweg.

Heute sind sie souveräne Staaten. Und Russland führt Krieg gegen die Ukraine. Das hat Folgen für das Gedenken in Berlin: Ukrainer begehen das Kriegsende am Ehrenmal in Tiergarten, Russen in Treptow. Die Bundesregierung wird diese Spaltung berücksichtigen müssen bei ihren Plänen, wo und mit wem sie 2020 auf 75 Jahre Kriegsende zurückblickt.

Gemeinsame Verurteilung des Hitler-Stalins-Pakts mit Putin?

Weitermachen wie gewohnt geht also nicht. Nur, was tun? Soll die Bundesregierung Wladimir Putin vorschlagen, den Hitler-Stalin-Pakt gemeinsam am 23. August zu verurteilen? Soll die Kanzlerin am 9. Mai 2020 nach Kiew statt nach Moskau fahren, um Opfer zu ehren?

Der Blick auf die Geschichte bedeutet eine Ortsbestimmung für die Gegenwart. Sie ist abhängig von den Umständen und Bedürfnissen des Zeitpunkts. Nach dem Krieg mussten die Deutschen zunächst klären, was Krieg und Holocaust für ihr nationales Geschichtsbild bedeuten. Heute ist Deutschland die Macht in Europas Mitte und muss lernen, dass die Entwicklung der EU nicht nur von ökonomischen Faktoren abhängt, sondern auch davon, ob eine Verständigung über die Vergangenheit gelingt. Geschichtsbilder gehören zum Kern der nationalen Identitäten, haben enormes Mobilisierungspotenzial, können die Bereitschaft zur europäischen Integration fördern oder lähmen.

Die Vergangenheit ist nicht tot

„Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.“ Was William Faulkner über die Südstaaten der USA schrieb, gilt auch für Mitteleuropa. Das Vergangene muss aber nicht zur Fessel werden. Mit dem Wandel der Geschichte wandeln sich auch die Geschichtsbilder.

Das braucht freilich Zeit. In der Bundesrepublik dauerte es eine ganze Generation, bis akzeptiert war, dass sich 1945 nicht von 1939 trennen lässt und der Zusammenbruch zugleich eine Befreiung war. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 drückte aus, dass die Westdeutschen die Ambivalenz für sich akzeptiert hatten.

Auf die Ambivalenz des Jahres 1945 für die Nachbarn im Osten achteten vor dem Fall der Mauer wenige Westdeutsche, obwohl das Schicksal der DDR-Bürger eine Mahnung hätte sein können. Sie reduzierten die Teilung Europas auf die Teilung Deutschlands und nahmen sie als Strafe für die deutschen Verbrechen hin.

Für Polen, Esten, Letten, Litauer war 1945 keine Befreiung

Für Polen, Esten, Letten, Litauer bedeutete das Kriegsende nicht nur die Befreiung von den Nazis, sondern auch den Übergang in eine andere Diktatur und Fremdherrschaft. Die eigentliche Befreiung kam für die Mitteleuropäer erst 1989, beziehungsweise 1991 mit der Auflösung der UdSSR.

1945 und 1939 lassen sich nicht trennen, das gilt weiter. 1989 ist als Bezugspunkt europäischer Geschichte hinzugekommen. Im Bemühen um Verständigung mit Russland wurde das Bild der Befreiung von 1945 auf 1989 übertragen. Es gebe keine Sieger und Verlierer im Kalten Krieg. Alle seien die Gewinner. Gegen diese Harmonie-Parole wäre wenig einzuwenden, wenn sie ihren heilenden Zweck erfüllen würde.

Tut sie das?

Die Bilder aus Moskau und die Gespräche mit Russen im Mai 2019 wecken Zweifel. In den Feiern zum Kriegsende auf dem Roten Platz, im Umgang mit den heute souveränen Staaten, die bis 1991 Sowjetrepubliken waren, und in der Rhetorik der russischen Medien lässt sich schwerlich übersehen: Russland sieht sich nicht als Gewinner. Es hadert mit dem Verlust des Imperialreichs. Michail Gorbatschow mag für die Deutschen ein Held sein. In Russland gilt er als Versager oder gar Verräter.

Russlands Doppelrolle: 1939 Mitaggressor, 1945 Siegermacht

Der Gewinn an Freiheit durch den Sturz der Diktatur wird nicht als Ausgleich für den Statusverlust wertgeschätzt. Angehörige der Eliten wünschen sich eine Revision der Ereignisse von 1991. Russland möchte so behandelt werden und so agieren dürfen, als sei der Kreml weiter die Machtzentrale, die halb Europa die Entwicklung vorgibt. Und Gegenmacht auf Augenhöhe mit den USA und China sein, von Syrien über Nordkorea bis Venezuela.

Wie soll das gehen ohne die ökonomische Grundlage für eine Machtbalance? Das können die Gesprächspartner in Moskau nicht so recht erklären. Russland hat ungefähr die Wirtschaftskraft Spaniens: etwa ein Siebtel im Vergleich mit China, den USA, der EU. In der Öffentlichkeit wird die Diskrepanz mit stolzer Rhetorik überspielt. „Kim ist unser Mann“ titelt die „Iswestja“ nach dem Treffen Putins mit Kim Jong Un in Wladiwostok. Der Kreml gibt russische Pässe an Bürger der besetzten Gebiete in der Ukraine aus.

Deutschland kann der Kontroverse nicht mehr ausweichen

In Moskau, das machen die Szenen im Mai 2019 klar, möchte man 1945 ohne 1939 haben, möchte sich mit der Doppelrolle – bei Kriegsbeginn Mitaggressor, am Ende Siegermacht – nicht befassen, auch wenn Russland sich damit im europäischen Gedenkjahr 2019 isoliert. West- und Mitteleuropa können gar nicht anders, als 1939, 1945 und 1989 samt ihrer Bedeutung für die Gegenwart gemeinsam zu denken. Daraus ergeben sich Konflikte, denen Deutschland nicht ausweichen kann. Die deutsche Ortsbestimmung der Gegenwart muss zu einer europäischen Ortsbestimmung der Gegenwart erweitert werden. Sonst kann Europa nicht zusammenfinden.